



Newsletter der Landtagsabgeordneten Dr. Esther Niewerth-Baumann MdL
Ausgabe 2/März 2018

Bericht aus Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ersten 100 Tage sind vorbei. Seit Mitte November amtiert die neue rot-schwarze Landesregierung in Niedersachsen. Von einer „100-Tage-Schonfrist“ kann meiner Meinung nach allerdings nicht die Rede sein. Schließlich haben die beiden Regierungsparteien SPD und CDU im ersten Vierteljahr der Legislaturperiode schon Beachtliches auf den Weg gebracht. Bestes Beispiel ist die Novellierung des Schulgesetzes, das den Förderschulen im Land vorerst Bestandschutz gewährt. Zu nennen ist zudem die Beitragsfreiheit für einen Kindergartenplatz ab August dieses Jahres sowie die Aufstockung der Richterstellen in der niedersächsischen Justiz. Eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann. Auch mein persönliches Fazit fällt positiv aus. „Meine“ Ausschüsse (Recht sowie Wissenschaft und Kultur) haben die Arbeit aufgenommen. Und meine erste Rede im Landtag liegt ebenfalls hinter mir. Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was sonst noch los war – in den ersten 100 Tagen.

+++++

Premiere im Landtag – Die erste Rede



Meine erste Rede im Landtag, gehalten am 25. Januar 2018 zum Thema Haftentschädigung.

„Was ist ein Tag wert? Ein Tag, den man unschuldig in Haft verbringt?“ – so lautete die Leitfrage meiner ersten Rede im Niedersächsischen Landtag. In der Sitzung am 25. Januar 2018 wurde über die Erhöhung der Haftentschädigung für zu Unrecht in Haft sitzende Bürgerinnen und Bürger debattiert. Als Sprecherin des Unterausschusses Justizvollzug und Straffälligenhilfe vertrat ich folgende Position: „Wir haben in diesem

Zusammenhang drei Ziele. Das erste Ziel sind weniger unschuldig Verurteilte – wenn möglich natürlich gar keine. Das zweite Ziel ist eine bessere Wiedereingliederung der unschuldig Verurteilten in den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt und in die Gesellschaft, und das dritte Ziel ist, dass ein Tag mehr wert ist als 25 Euro.“ Denn soviel bzw. so wenig Geld erhalten die Betroffenen derzeit als Haftentschädigung vom Land Niedersachsen für jeden Gefängnistag.

Von der Justizministerkonferenz wurde im November 2017 ein höherer Betrag verlangt. Da der Gesetzgebungsprozess des Bundes noch aussteht, hält die CDU-Fraktion eine entsprechende Bundesratsinitiative, wie sie die FDP vorschlägt, derzeit nicht für notwendig. Im Bundesland gibt es im Schnitt pro Jahr etwa 50 derartig gelagerte Fälle.

+++++

Positives Signal für Justizstandort Oldenburg

Eine Reise zu ihren beruflichen Wurzeln unternahm Niedersachsens neue Justizministerin Barbara Havliza bei ihrem Antrittsbesuch in Oldenburg. Die CDU-Politikerin hatte ihre Laufbahn als Richterin und Staatsanwältin einst im hiesigen Landgerichtsbezirk begonnen. Somit traf sie sich in vertrauter Umgebung mit Vertretern von Oberlandesgericht und Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg zu einem Erfahrungsaustausch.

Als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen und Sprecherin des Unterausschusses für Justizollzug und Straffälligenangelegenheiten bestand auch für mich die Gelegenheit, mit der Ministerin ins Gespräch zu kommen. Barbara Havliza kündigte hier in Oldenburg an, die Zahl der Justizmitarbeiter mittelfristig um zehn Prozent zu erhöhen und das bereits dieses Haushaltsjahr. Auch unter dem Aspekt der Sicherheit und des Vertrauens in den Rechtsstaat sei eine bessere personelle Ausstattung der Justizbehörden wichtig, so Havliza.



Gedankenaustausch unter Juristen (von links): Ulf Prange MdL, Oberlandesgerichtspräsidentin Anke van Hove, Ministerin Barbara Havliza, Generalstaatsanwalt Andreas Heuer und Dr. Esther Niewerth-

+++++



Betreten verboten: Das ehemalige Gebäude des Finanzamtes Oldenburg steht vor dem Abriss.

Finanzamt Oldenburg: Abriss rückt näher

In die Debatte um das ehemalige Finanzamt in Oldenburg kommt Bewegung. So plant das Staatliche Baumanagement Niedersachsen, Ende dieses Jahres mit dem Abriss des stark asbestbelasteten Gebäudes zu beginnen. Noch vor Weihnachten habe ich mich in Gesprächen mit Finanzminister

Reinhold Hilbers dafür eingesetzt. Mir ist es wichtig, den Stillstand in der nördlichen Innenstadt möglichst schnell zu beenden. Es müssen endlich die Weichen für die Zukunft und eine Nachnutzung des Geländes gestellt werden.

Das 1975 bezogene Gebäude steht seit dem Umzug des Finanzamtes an den Stubbenweg Anfang 2017 leer. Wie das Finanzministerium in Hannover mitteilte, wurde das Staatliche Baumanagement Ems- Weser mit der Planungserstellung für den Abriss beauftragt.

Das Vergabeverfahren für die dafür notwendigen Planungsleistungen ist abgeschlossen, derzeit wird die Bauplanung für den Abriss erstellt. Darauf aufbauend erfolgt anschließend die Ausschreibung und Vergabe der Bauaufträge, so dass nach Angaben des Finanzministeriums voraussichtlich Ende 2018 mit den Abbrucharbeiten begonnen werden kann.

+++++

Familienfreundliches Niedersachsen: Beitragsfreie Kita



Bald beitragsfrei: Die Kindergärten in Niedersachsen.
Bild: Erich Westendarp/Pixelio.de

Es war wohl dasjenige Wahlversprechen, das die größte Aufmerksamkeit im Land erregte. SPD und CDU haben sich für eine komplette Beitragsfreiheit für Kindergartenplätze ausgesprochen und Wort gehalten. Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres am 1. August 2018 müssen die Eltern für die Unterbringung nichts mehr bezahlen. Bislang war nur das letzte Jahr vor der Einschulung beitragsfrei. Im Ende Februar beschlossenen Nachtragshaushalt wurde das Geld dafür eingestellt. Damit entlastet die neue Landesregierung die Eltern spürbar. Das ist meiner Meinung nach eine der

familienfreundlichsten politischen Entscheidungen in der Geschichte unseres Bundeslandes.

+++++

„Ja“ zur Förderschule Lernen

Einen weiteren Erfolg hat die CDU bei der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes erreicht; Die Förderschulen Lernen genießen fortan einen Bestandschutz bis zum Schuljahr 2027/28. Bis 30. April 2018 können die Kommunen als Schulträger einen Antrag auf Fortsetzung stellen. Dies begrüße ich sehr. Auch unsere Ratsfraktion hat reagiert und im Schulausschuss am 6. März einen Antrag auf Erhalt der Einrichtung in Oldenburg am Bürgerbusch gestellt. Hierüber wird das Gremium in einer Sondersitzung am 9. April entscheiden. Ziel ist es, den Eltern von Kindern mit Lernschwierigkeiten weiterhin die Wahlfreiheit zwischen inklusiver Regelschule oder Förderschule zu bieten. Eine Inklusion, die gelingen soll, braucht Zeit und darf die allgemeinbildenden Schulen nicht überfordern.

+++++

Landesbibliothek: Zwischen Tradition und Moderne



Blick hinter die Kulissen: Ortstermin in der Landesbibliothek mit Leiterin Corinna Roeder.

Kostbare historische Bücherbände auf der einen, digitalisierte Medien auf der anderen Seite: Tradition und Moderne schließen sich in der Landesbibliothek Oldenburg nicht aus. Im Gegenteil: Beides steht für die Entwicklung des schriftlichen Kulturgutes in dem historischen Gebäude am Pferdemarkt. Davon konnte ich mir bei meinem Antrittsbesuch Ende Januar ein Bild machen. Bibliotheksdirektorin Corinna Roeder und ihr Stellvertreter

Dr. Klaus-Peter Müller präsentierten das im Vorjahr eröffnete Lern- und Informationszentrum sowie die Digitalisierungswerkstatt, mit dem die Einrichtung ein neues Kapitel ihrer 225-jährigen Geschichte aufgeschlagen hat. Trotz der erfreulichen Entwicklung wies die Bibliotheksleitung auch auf den aktuellen Investitionsbedarf hin.

Haben Sie Fragen, Ideen, Anregungen – dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf unter Tel. 0441-885350-90 (Wahlkreisbüro Unterm Berg) oder per E-Mail unter oldenburg@niewerth-baumann.de. In Kürze wird auch meine Internetseite unter www.niewerth-baumann.de freigeschaltet sein.